

Sowohl bei der Friedensschule als auch bei dem Teilstandort in Plettenberg seien die Schülerzahlen seit Jahren rückläufig. Im Hinblick auf die geltende Mindestgrößenverordnung und die vorliegenden Schülerzahlen sei die Beibehaltung des Teilstandortes in Plettenberg nicht möglich. Hier hat die Bezirksregierung bereits unmissverständlich signalisiert, dass aufgrund der vorliegenden Schülerzahlen, die Teilstandortlösung in Plettenberg nicht verlängert werden kann.

Frau Kotziers berichtet weiter, dass diverse konstruktive Gespräche mit Vertretern der Schulverwaltung des Märkischen Kreises als Schulträger, der unteren Schulaufsicht sowie den Schulleitungen der Friedensschule und der Mosaikschule geführt worden seien. Hier wurden die weiteren Perspektiven der Friedensschule bzw. die Erhaltung eines wohnortnahen Förderschulangebotes für den südlichen Märkischen Kreis gemeinsam erörtert. Unter Abwägung verschiedener Lösungsansätze wurde letztlich das Modell für den südlichen Märkischen Kreis erarbeitet, welches nun als Beschlussvorschlag dargestellt wird.

Ratsherr Voß dankt für die Ausführungen und fragt, ob hierzu Wortmeldungen vorliegen.

Ratsherr Breucker fragt, ob das Gebäude der ehemaligen Hermann-Gmeiner-Schule als möglicher Standort von Interesse gewesen wäre. Frau Kotziers antwortet darauf, dass allein im Hinblick auf die erforderliche Größe des notwendigen Gebäudes diese Schule nicht hätte berücksichtigt werden können. Herr Reuver fügt hinzu, dass durch die Beibehaltung des Gebäudes an der Freiherr-vom-Stein-Straße eine Konstante für die Schülerinnen und Schüler gegeben wäre. Diese Symbolik für die Kinder dürfe man nicht unterschätzen.

Ratsherr Adam schließt sich den Ausführungen von Herrn Reuver an, weiter wäre durch dieses Lösungsmodell Planungssicherheit gegeben.

Da keine weiteren Fragen bestehen, stellt Ratsherr Voß den folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Der Schul- und Sportausschuss/der Hauptausschuss empfehlen, der Rat beschließt gemäß § 81 Schulgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Schulgesetz NRW - SchulG):

1. Auslaufende Auflösung des Teilstandortes Plettenberg der Friedensschule, Förderschule mit dem Förderschwerpunkt Lernen, Primarstufe und Sekundarstufe I, Lüdenscheid, ab dem 01.08.2017. Es dürfen dort keine Schülerinnen und Schüler mehr aufgenommen werden.
2. Auflösung der Friedensschule, Förderschule mit dem Förderschwerpunkt Lernen, Primarstufe und Sekundarstufe I, Lüdenscheid, zum 31.07.2018.
3. Aufnahme der Schülerinnen und Schüler der Friedensschule durch die Mosaik-Schule, Förderschule mit den Förderschwerpunkten Sprache, Emotionale und soziale Entwicklung sowie Lernen, Primarstufe und Sekundarstufe I, ab 01.08.2018.
4. Die Beschlüsse zu 1. bis 3. stehen unter dem Vorbehalt, dass der Kreistag beschließt, dass ab 01.08.2018 die Schülerinnen und Schüler der Friedensschule, Standort Lüdenscheid, den gewählten Bildungsgang an der Mosaik-Schule, Standort Lüdenscheid, sowie dass die Schülerinnen und Schüler der Friedensschule, Standort Plettenberg, den gewählten Bildungsgang an der Mosaik-Schule, Standort Lenneschiene (Altena, Plettenberg oder Werdohl) fortsetzen können.

Außerdem wird die Verwaltung beauftragt,

1. die erforderliche Genehmigung bei der Bezirksregierung Arnsberg zu beantragen.
2. die öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen auf dem Gebiet des Förderschulwesens mit der Gemeinde Herscheid sowie mit der Stadt Plettenberg zum 31.07.2018 zu kündigen.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|---------------|----|
| Ja-Stimmen: | 16 |
| Nein-Stimmen: | 0 |
| Enthaltungen: | 0 |

3. Berichtswesen; hier: Reinigung in Schulen (Mündlicher Bericht der Zentralen Gebäudewirtschaft)

Ratsherr Voß ruft den Tagesordnungspunkt auf und übergibt das Wort an Herrn Demir (Zentrale Gebäudewirtschaft - ZGW).

Herr Demir berichtet, dass die ZGW seit der letzten Sitzung diverse Maßnahmen getroffen habe, um die Reinigungssituation an Schulen weiter zu optimieren und schildert die einzelnen Schritte des gesamten Prozesses anhand einer Powerpoint-Präsentation, beginnend mit der Anfangssituation, über den Ist-Zustand bis hin zu den weiteren geplanten Schritten. Die Präsentation ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt und kann zudem über den Internetauftritt der Stadt Lüdenscheid eingesehen werden.

Ratsherr Voß dankt Herrn Demir für diese Ausführungen und fragt, ob es dazu Fragen oder Wortbeiträge gibt.

Frau Langs-Blöink merkt an, dass die für die Herbstferien vorgesehene Grundreinigung der Theodor-Heuss-Realschule nicht in Gänze durchgeführt worden sei. Herr Demir antwortet darauf, dass nach Absprache mit der Reinigungsfirma solche Missstände zukünftig nicht mehr vorkommen werden und die noch fehlende Reinigung unverzüglich nachgeholt werde.

Ratsherr Adam fragt nach einer Gegenüberstellung der Reinigungsfrequenzen der Klassenräume und Flure im Vergleich zu den Reinigungsleistungen im Rathaus selbst. So könne verglichen werden, ob ein homogener Reinigungs-Standard in allen Gebäuden gewährleistet sei.

Ratsherr Voß sagt die Gegenüberstellung der Reinigungsleistung in schriftlicher Form für die nächste Sitzung des Schul- und Sportausschusses zu.

Herr Utsch teilt mit, dass sich die Reinigungssituation in den letzten Wochen verbessert habe, gleichwohl weiterhin verbesserungswürdig sei. So sollten die sanitären Anlagen im Bergstadt-Gymnasium zweimal täglich gereinigt werden; dieses sei in der Vergangenheit so praktiziert worden. Weiter müssten mit der Fa. Jürgens noch kleinere Absprachen getroffen werden, z. B. an welchen Tagen die Reinigung des Bodens in den Klassen und versetzt die Reinigung der Tische erfolgen soll. So könne die Schule entsprechend handeln.

Herr Bisterfeld führt weiter an, dass die Hauptflure und Treppenhäuser in der Gesamtschule lediglich zweimal pro Woche gereinigt werden. Dieses sei, gerade im Hinblick auf die bevorstehende Winterzeit, definitiv zu wenig. Weiter ließe die Reinigung der Pausenhalle sowie der Bereich vor der Mensa ohne eine entsprechende Reinigungsmaschine zu wünschen übrig.

Frau Göldner berichtet, dass eine tägliche Reinigung der Toiletten an den Grundschulen ausreichend sei. Es wäre allerdings wünschenswert, dass die Mülleimer in den Klassen täglich geleert werden, da ansonsten verderbliche Lebensmittel zu Geruchsentwicklung führen. Weiter beschädige das Hochstellen der Schülerstühle das Mobiliar. Die Tischplatten würden bereits entsprechende Spuren aufweisen. Frau Göldner gibt weiter an, dass bei Baumaßnahmen innerhalb der Schule eine stärkere Verschmutzung auftrete, so dass hier die vorgegebenen Reinigungszeiten nicht ausreichen. In solchen Fällen sollten Reinigungszeiten erweitert werden.

Die Erste Stellvertretende Bürgermeisterin, Frau Szermerski-Kasperek, merkt weiter an, dass eine Privatisierung von städtischen Reinigungsleistungen in der Vergangenheit immer zu Problemen geführt habe. Es solle überlegt werden, ob diese Aufgabe wieder über eigene Reinigungskräfte der Verwaltung wahrgenommen werden könne.

Ratsherr Breucker fragt, ob eine Reinigung nach RAL-Vorschriften auch eine tarifvertragliche Bindung beinhalte. Herr Ziomkowski verweist auf das Arbeitnehmer-Entsendegesetz, welches in diesem Zusammenhang Anwendung findet. Dieses Gesetz schreibt die Tarifbedingungen der IG Bau als Mindestlohn vor. Es gebe also ganz klar eine Tarifbindung. Diese war aber auch ohnehin in den städtischen Vergabebedingungen vorgegeben.

Herr Stach merkt an, dass die Einhaltung der Sparvorgabe des Haushaltssicherungskonzeptes nur zu Lasten der Reinigungsleistung und -qualität gehen kann. Es könne nicht davon ausgegangen werden, dass bei einem geringeren Budget ein identischer Standard beibehalten wird.

Da keine weiteren Anfragen vorliegen, schließt der Vorsitzende des Schul- und Sportausschusses den Tagesordnungspunkt und verweist auf einen aktuellen Bericht zu diesem Thema in der nächsten Sitzung des Schul- und Sportausschusses.

4. Beratung des Haushalts 2017

4.1. Beratung des Haushalts 2017, Fachdienst Schule und Sport, Produkte Schulen

Ratsherr Voß ruft den Tagesordnungspunkt auf und übergibt das Wort an Frau Kotziers. Sie schildert eingangs die einzelnen Veränderungen bei den Produktsachkonten des Fachdienstes Schule und Sport, Bereich Schulen. Hier haben sich keine wesentlichen Veränderungen außer den üblichen kleineren Verschiebungen zwischen einzelnen Produktsachkonten ergeben.

Frau Kotziers erläutert weiter die vorliegende Änderungsliste, welche die Höhe der eingesparten Lernmittel der betreffenden Schulen ausweist, nachrichtlich die Änderungsliste „Gute Schule 2020“ sowie die Maßnahmenliste über die geplante Verwendung der Schulpauschale 2017 und die Prioritätenliste über die erforderlichen Baumaßnahmen 2017 ff.

Frau Kotziers gibt bekannt, dass sich kurzfristig noch eine Veränderung zur Verwendung der Schulpauschale ergeben hat, und zwar wird der Ansatz „diverse, Spielgeräte“ um 5.000 € reduziert. Dieser Betrag wird über die Änderungsliste, welche im Bau- und Verkehrsausschuss vorgelegt wird, als Eigenanteil für das Landesprojekt „Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden zur Förderung von Quartieren mit besonderem Entwicklungsbedarf“ eingebracht. Mit dieser Zuweisung werden u. a. Schulhöfe an Grundschulen umgestaltet.

Frau Kotziers erklärt weiter, dass in der Maßnahmenliste auch bereits mögliche Bauvorhaben aufgeführt sind, die für das Projekt „Gute Schule 2020“ in Frage kommen. Es sei allerdings bereits jetzt angemerkt, dass das Volumen des Förderprogramms nicht ausreichend sei, um alle Projekte darüber finanzieren zu können. Eine Priorisierung müsse daher zu gegebener Zeit erfolgen.

Ratsherr Adam möchte wissen, inwieweit die Schulen bei der Verteilung der Schulpauschalmittel beteiligt werden. Falls nicht, fände er die Einrichtung eines „runden Tisches“ sinnvoll, an dem Schulträger, Schulleitungen und ZGW gemeinsam eine Verteilung der Mittel vornehmen. Frau Kotziers antwortet, dass ein reger Kontakt zu den Schulleitungen besteht und daher auch Bedarfe direkt gemeldet werden. Diese werden dann nach Dringlichkeit, um ggf. auch bauliche Sicherheitsaspekte zu erfüllen, in die Prioritätenliste aufgenommen. Es habe bisher immer ein gutes Einvernehmen mit den Schulen gegeben.

Ratsherr Adam greift den Antrag der SPD zur Beschaffung von 15 Klassensätzen Schulmobiliar für das Bergstadt-Gymnasium auf, welcher in der Ratssitzung am 14.11.2016 positiv beschlossen wurde. Er wünsche sich bei zukünftigen Großaufträgen mehr Transparenz und auch eine Beteiligung der Schulen.

Ratsherr Wülfrath antwortet darauf, dass diese aus der Schulpauschale stammenden Restmittel sinnvoll verwendet worden seien, um das aus Gründerzeiten stammende Schulmobiliar des Bergstadt-Gymnasiums zu ersetzen.

Frau Langs-Blöink schließt sich den Ausführungen von Ratsherrn Adam an, dass die Einrichtung eines „runden Tisches“ durchaus sinnvoll sein könne und schließt sich weiter Ratsherrn Wülfrath an, dass die Mittel sinnvoll verausgabt seien, um dem Bergstadt-Gymnasium neues Mobiliar zur Verfügung stellen zu können. Dieses wäre ihrer Einschätzung nach auch das Ergebnis einer gemeinsamen Dienstbesprechung gewesen. Herr Bisterfeld schließt sich ebenfalls diesen Erläuterungen an.

Herr Utsch führt nun aus, dass der Ausbau einer digitalen Infrastruktur, damit verbunden WLAN-fähige Schulen, bei der Verteilung der Schulpauschale berücksichtigt werden sollte. Ratsherr Voß bittet daher, diesen Punkt in der Prioritätenliste für die folgenden Jahre aufzunehmen.

Herr Marienfeld bittet darum, bei den Maßnahmen für die Friedensschule in der Prioritätenliste über erforderliche Baumaßnahmen 2017 ff. bei Bemerkungen den Zusatz „weitere Entwicklung abwarten“ nunmehr zu streichen.

Nach weiterer Aussprache bittet Ratsherr Voß um Abstimmung über die Produkte der Schulen mit Ausnahme des Zeppelin-Gymnasiums, somit über die Seiten 341 bis 351 sowie die Seiten 356 bis 371 des Verwaltungsentwurfs des Haushalts 2017 einschließlich der vorliegenden Änderungen.

Vorab teilt Rats Herr Adam mit, dass sich die CDU-Fraktion bei den Abstimmungen über den Haushalt 2017 enthalten wird, da die internen Beratungen dazu noch nicht abgeschlossen seien.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|---------------|----|
| Ja-Stimmen: | 11 |
| Nein-Stimmen: | 0 |
| Enthaltungen: | 5 |

4.2. Beratung des Haushalts 2017, Fachdienst Volkshochschule

Rats Herr Voß ruft nun die Beratung des Haushalts der VHS auf und übergibt Herrn Hostert das Wort.

Herr Hostert erläutert inhaltlich die zwei Produkte der VHS. Bei dem Produkt „Weiterbildung - Auftragsmaßnahmen“ seien stetige Veränderungen zu verzeichnen. Diese betreffen neben der ungebrochenen regen Nachfrage an Integrationskursen weitere Landesförderprogramme, wie z. B. die Projektförderung für Angebote zur Sprachförderung neu zugewanderter Erwachsener und Jugendlicher ab 16 Jahren. Dieses zunächst nur für 2016 vorgesehene Projekt wird nunmehr auch in 2017 fortgeführt. Der zu erwartende Ertrag für dieses Projekt und die entsprechenden Aufwendungen lassen sich aus der vorliegenden Änderungsliste ersehen.

Da keine Rückfragen zu diesen Erläuterungen vorliegen, bittet Rats Herr Voß nunmehr um Abstimmung über die Produkte der Volkshochschule, also über die Seiten 378 bis 382 des Verwaltungsentwurfs des Haushalts 2017 einschließlich der vorliegenden Änderungen.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|---------------|----|
| Ja-Stimmen: | 11 |
| Nein-Stimmen: | 0 |
| Enthaltungen: | 5 |

4.3. Beratung des Haushalt 2017, Fachdienst Musikschule

Rats Herr Voß ruft nun den Tagesordnungspunkt Beratung des Haushalts 2017, Fachdienst Musikschule, auf und übergibt Herrn Schulte-Huermann das Wort.

Herr Schulte-Huermann berichtet zunächst über die erfolgreichen Projekte, die in diesem Jahr durchgeführt worden sind. Gleichwohl mache sich aber auch bei den Schülerinnen und Schülern der Musikschule ein zunehmender Zeitmangel bemerkbar. Es gebe oft neben den schulischen Verpflichtungen kaum noch Zeitfenster, um sich einem Instrument ausreichend

widmen zu können. Weiter erläutert Herr Schulte-Huermann inhaltlich das Produkt der Musikschule „Unterricht in musikalischer Bildung“.

Da keine Fragen oder Anmerkungen zu diesen Ausführungen vorliegen, bittet Ratsherr Voß um Abstimmung über das Produkt der Musikschule, also über die Seiten 383 bis 385 des Verwaltungsentwurfs des Haushalts 2017.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|---------------|----|
| Ja-Stimmen: | 11 |
| Nein-Stimmen: | 0 |
| Enthaltungen: | 5 |

4.4. Beratung des Haushalts 2017, Fachdienst Schule und Sport, Produkte Sport

Frau Kotziers merkt an, dass auch bei den Produkten des Sports keine wesentlichen Änderungen zu verzeichnen seien und erläutert folgend die geplante Verwendung der Sportpauschale 2017 sowie die Maßnahmenliste der ZGW, die neben den geplanten baulichen Maßnahmen an Schulen auch bauliche Maßnahmen an Sportstätten beinhaltet.

Da keine Fragen oder Anmerkungen seitens des Ausschusses bestehen, bittet Ratsherr Voß um Abstimmung über die Produkte des Sports, also über die Seiten 467 bis 472 des Verwaltungsentwurfs des Haushalts 2017.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|---------------|----|
| Ja-Stimmen: | 11 |
| Nein-Stimmen: | 0 |
| Enthaltungen: | 5 |

**5. Multiprofessionelle Teams zur Integration durch Bildung für neu zugewanderte Schülerinnen und Schüler
Vorlage: 218/2016**

Herr Reuver bezieht sich auf die Vorlage und erläutert diese. Danach habe das Land mit dem Beschluss über den 2. Nachtragshaushalt vom 14.09.2016 weitere 113 Stellen im Landesdienst für Multiprofessionelle Teams zur Integration durch Bildung für neu zugewanderte Schülerinnen und Schüler geschaffen. Diese Stellen sind befristet bis zum 31.07.2019.

Inhaltlich sollen diese Stellen dazu beitragen, neu zugewanderte Kinder und Jugendliche im schulpflichtigen Alter, d. h. geflüchtete Kinder und Jugendliche aber auch Kinder und Jugendliche in vergleichbaren Lebenslagen, so schnell und so gut wie möglich in das Schulleben zu integrieren.

Die Verwaltung habe sich daher - vorbehaltlich der jetzigen positiven Beschlussfassung - dazu entschlossen, zwei weitere Stellen fristgerecht bis zum 31.12.2016 bei der Bezirksregierung Arnsberg zu beantragen. Herr Reuver betont, dass die kommunale Kofinanzierung gesichert sei. Der Stadt entstünden keine Mehraufwendungen.

Im Falle der Bewilligung dieser zwei weiteren Stellen sollen diese Fachkräfte gemeinsam mit dem bereits bestehenden Multiprofessionellen Team arbeiten, so dass keine Doppelstrukturen geschaffen werden. Es sollen dann insbesondere die Theodor-Heuss-Realschule, die Gemeinschaftsgrundschulen Adolf-Kolping und Bierbaum (inkl. des Teilstandortes Kalve) eingebunden werden sowie auch die Hauptschule Stadtpark, die Richard-Schirrmann-Realschule und die Gemeinschaftsgrundschule Parkstraße. Gleichwohl werden auch alle weiteren Schulen in städtischer Trägerschaft von diesem Team begleitet und unterstützt.

Nach erfolgter Aussprache stellt Rats Herr Voß folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

1. Der Schul- und Sportausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zu den Multiprofessionellen Teams zur Integration durch Bildung für neu zugewanderte Schülerinnen und Schüler zur Kenntnis.
2. Der Schul- und Sportausschuss beschließt die Antragsstellung bei der Bezirksregierung Arnsberg auf Bewilligung von zwei weiteren Stellen zur Bildung eines Multiprofessionellen Teams zur Integration durch Bildung für neu zugewanderte Schülerinnen und Schüler.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|---------------|----|
| Ja-Stimmen: | 16 |
| Nein-Stimmen: | 0 |
| Enthaltungen: | 0 |

6. Berichtswesen; hier: Eckdaten zur Schulentwicklung Vorlage: 229/2016

Herr Reuver führt eingangs aus, dass aufgrund der steigenden Geburtenzahlen bereits kürzlich eine Anpassung der Überschneidungsgebiete der Schuleinzugsbereiche für die Grundschulen beschlossen wurde. Bei der weiteren Betrachtung und Fortschreibung der Eckdaten zur Schulentwicklungsplanung seien u. a. die Themen Zuwanderung, Inklusion und auch die Veränderungen der Schullandschaften in den Nachbarkommunen kontinuierlich zu berücksichtigen.

Weiter sei ab dem Schuljahr 2019/20 bei den Grundschulen eine ansteigende Geburtenzahl zu erwarten. Eine Modifizierung der Schulentwicklungsplanung für die Grundschulen ist daher erforderlich. Diese Planung beinhalte auch die Prüfung einer möglichen notwendigen Reaktivierung geschlossener Schulgebäude. Die Ergebnisse sollen dem Schul- und Sportausschuss im 1. Quartal 2017 vorgestellt werden, so Herr Reuver.

Frau Kotziers berichtet nun, dass die dem Schul- und Sportausschuss am 22.09.2015 vorgelegte Schulentwicklungsplanung nun zum Stand 15.10.2016 aktualisiert wurde. Das

Ergebnis der aktuellen Eckdaten wurde als Skript zusammengestellt und liegt den Ausschussmitgliedern vor. Frau Kotziers erläutert dieses Zahlenmaterial folgend detailliert.

Die Zahl der Seiteneinsteiger in den Grund- und weiterführenden Schulen sei im Vergleich zum 01.06.2016 nur marginal angestiegen. Abschließend gibt Frau Kotziers bekannt, dass ein nächster Bericht in der Sitzung des Schul- und Sportausschusses am 21.03.2017 folgen wird.

Der Schul- und Sportausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|---------------|----|
| Ja-Stimmen: | 16 |
| Nein-Stimmen: | 0 |
| Enthaltungen: | 0 |

7. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

7.1. Bekanntgaben

7.1.1. Bekanntgabe "Bericht aus dem Schulausschuss des Städtetages"

Herr Reuver berichtet über die letzte Sitzung des Schulausschusses des Städtetages. Hier wurde u. a. die Thematik „Umstellung von G8 auf G9“ diskutiert. Der Städtetag plädiert dafür, dass die mögliche bevorstehende Änderung in das Schulgesetz NRW aufgenommen wird. Dadurch wäre dann auch die Konnexitätsfrage geklärt.

Weiter wurde dort das Thema Schulsozialarbeit erörtert. Im Landeshaushalt 2018 seien entsprechende Mittel veranschlagt worden, gleichwohl aber mit einem Sperrvermerk versehen. Es bleibt zunächst das Ergebnis der Landtagswahl 2017 abzuwarten und wie die neue Landesregierung dieses Programm dann umsetzen wird.

Ein weiteres Thema seien die so genannten „Care-Leaver“ gewesen, also Zuwanderer, die nicht mehr der Schulpflicht unterliegen. Es werde hier überlegt, diese Gruppe über eine Ausweitung der Berufsschulpflicht zu integrieren.

Herr Reuver berichtet abschließend, dass ein vorliegender Erlass des Schulministeriums über die „Beschulung von Seiteneinsteigern“ für Unsicherheit gesorgt habe. Dieser Erlass lässt zunächst schließen, dass das Land von der Bildung sog. Seiteneinsteiger- oder Willkommensklassen absehen möchte. Es wurde in der Sitzung des Städtetages nochmals darauf hingewiesen, dass der Erlass so nicht zu verstehen sei. Die Schulen haben weiterhin die Möglichkeit, diese Klassen zu bilden.

7.1.2. Bekanntgabe "Sitzungstermine des Schul- und Sportausschusses 2017"

Frau Kotziers informiert die Ausschussmitglieder, dass die geplanten Sitzungstermine des Schul- und Sportausschusses für das Jahr 2017 dieser Niederschrift als Anlage beigefügt werden.

7.1.3. Bekanntgabe "Sachstand Skaterhalle Jahnplatz"

Herr Reuver gibt bekannt, dass nach vorliegender Zwischennachricht der Zentralen Gebäudewirtschaft (ZGW) alle maßgeblichen Punkte, die zur Schließung der Skaterhalle geführt haben, bereits zur Erledigung in Auftrag gegeben und auch schon teilweise ausgeführt worden seien. Es sehe derzeit danach aus, dass die Halle in absehbarer Zeit wieder freigegeben werde.

Herr Beckmann verweist auf die dort nicht vorhandene Toilettenanlage. Dieses Problem kann derzeit temporär gelöst werden, und zwar mit einer angemieteten sanitären Anlage. Parallel dazu errechnet die ZGW die Kosten für einen Toilettenanbau.

Herr Beckmann hält eine Freigabe der Halle noch im Jahr 2016 für möglich.

7.2. Beantwortung von Anfragen

7.2.1. Beantwortung der Anfrage von Rats Herrn Adam "Sachstand Schulhofgestaltung Geschwister-Scholl-Gymnasium"

Frau Kotziers berichtet, dass Ende September ein weiteres Abstimmungsgespräch zwischen der Schule, der Verwaltung, dem Förderverein sowie den Fachingenieuren stattgefunden habe. Nachdem auch die Faktoren im Bereich des Brandschutzes zwischen der ZGW, der Feuerwehr und der Bauaufsicht geklärt und abgestimmt worden sind, könne davon ausgegangen werden, dass das Bauantragsverfahren nun anhängig ist.

7.3. Anfragen

7.3.1. Anfrage von Rats Herrn Breucker "Neubau eines Schulschwimmbades"

Rats Herr Breucker erinnert an seine im Sportausschuss am 10.12.2013 gestellte Anfrage. Diese wurde in den vergangenen Sitzungen des Schul- und Sportausschusses zwar mehrfach erörtert, aber seitens der Verwaltung noch nicht abschließend beantwortet.

Herr Reuver sagt nunmehr eine Beantwortung der Anfrage in der Sitzung des Schul- und Sportausschusses am 21.03.2017 zu.

gez. Jens Voß

Vorsitzender

gez. Anke Keller

Schriftführerin